

¡Fijáte!

Nachrichten + Informationen + Berichte zu Guatemala

Nr. 826

Mittwoch, 02. April 2025

32. Jahrgang

Inhaltsverzeichnis

<i>Die Krise um die Pflichtversicherung, die dem Pakt der Korruption in die Hände spielte</i>	1
<i>Rückzieher: Doch keine Anhebung der Abgeordnetendiäten?</i>	4
<i>Claudia Paz y Paz im EU-Parlament</i>	5
<i>CIDH und UN sind besorgt über die erneute Inhaftierung von José Rubén Zamora</i>	5

Die Krise um die Pflichtversicherung, die dem Pakt der Korruption in die Hände spielte

Guatemala, 21. März - In der guatemalteckischen Hauptstadt kam es am Dienstag und Mittwoch letzter Woche zu einer zweitägigen Krise, nachdem die Regierung angekündigt hatte, dass alle Fahrzeuge versichert sein müssen.

An verschiedenen Stellen der guatemalteckischen Hauptstadt versammelten sich Gruppen von Demonstrant*innen, um den Verkehr an wichtigen Punkten zu blockieren und die Regierung aufzufordern, die Massnahme rückgängig zu machen. Auf diese Weise wurde die Strasse unter anderem auf dem Periférico, Zone 7, der Strasse zur Atlantik- und Südküste, im Trébol, zwischen den Zonen 7 und 11, und am Ende der Roosevelt-Strasse blockiert.

Schliesslich nahm die Regierung einen Dialog mit Protestgruppen auf, und am Abend des 19. März kündigte Präsident Bernardo Arévalo die Aufhebung der Regierungsvereinbarungen an, die die Pflichtversicherung eingeführt hätten, und kündigte die Bildung von Runden Tischen an, um die Umsetzung von Artikel 29 des Verkehr-Gesetzes zu erörtern, der diese Verpflichtung enthält.

Zuvor kündigte Innenminister Francisco Jiménez auf der Montagmorgen-Konferenz des Kabinetts von Bernardo Arévalo überraschend an, dass die Regierungsabkommen 46-2025, 47-2025, 48-2025 und 49-2025, die den Abschluss von Haftpflicht- und Insassenversicherungen für alle Fahrzeugtypen vorschreiben, in Kraft treten werden.

In der Ankündigung wurde keinerlei Informationen über die Kosten oder die Modalitäten des Erwerbs gegeben – ausser, dass die Leute 45 Tage Zeit hatten, um der neuen Anordnung nachzukommen. Das Argument für den Abschluss der Versicherung war zum einen, dass man auf den tragischen Unfall, der sich in den frühen Morgenstunden des 10. Februar auf der Strasse von La Paz ereignete und bei dem 54 Menschen ums Leben kamen, reagieren müsse. Der zweite Grund war, dass eine Anordnung des Verfassungsgerichts befolgt werden müsse.

Die Reaktionen aus der Bevölkerung liessen nicht lange auf sich warten, denn für viele bedeutet die Versicherung eine zusätzliche Ausgabe, die das Budget vieler Familien gefährden würde. Als erste reagierte die indigene Gemeinde Sololá, die sofort ihre Ablehnung zum Ausdruck brachte, weil die Massnahme keine Lösungen für die hohe Sterblichkeitsrate bei Verkehrsunfällen mit sich bringe. „Es ist ein Mechanismus, um sich der Verantwortung des Staates für die Verkehrssicherheit zu entziehen“, hiess es.

So dauerte es nur 24 Stunden, bis Gruppen in der Hauptstadt mit Protesten begannen und die wichtigsten Strassen blockierten, bis die Regierung die neue Bestimmung zurücknahm. Die Proteste, die weitere 20 Stunden andauerten, führten dazu, dass Tausende von Fahrzeugen auf den Strassen festsassen. Viele Bürger*innen waren wütend und die Proteste drohte, sich zu einer unkontrollierbaren Krise auszuweiten.

Auf die Pressekonferenz am Montag folgte eine am Mittwochmorgen, bei der die Improvisation und das Fehlen einer Lösung offensichtlich waren. Man sah einen Pressesprecher des Präsidialamtes, der unsicher und zögerlich seinen Text vorlas, gefolgt vom Innenminister, der dieselbe Rede wie am Montag hielt und um Wiederholung der Fragen bat, weil er seine Aufmerksamkeit verloren hatte. Der Privatsekretär des Präsidialamtes hingegen verbrachte seine Zeit damit, zu

erklären, was ein Runder Tisch ist, ein Instrument, das bereits von allen vorherigen Regierungen genutzt wurde und von dem die Guatemalte*innen wissen, dass es sich dabei um einen Prozess handelt, bei dem alle kontroversen Themen totgeredet, aber nicht gelöst werden.

Innenminister Jiménez war derjenige, der auf die Krise reagierte, obwohl diese durch das Fehlen einer Verkehrsregelung verursacht wurde, für die das Verkehrsministerium bzw. deren Generaldirektion für Verkehr zuständig ist. Diese Behörden sind jedoch nie in Erscheinung getreten.

Eine weitere Person, die zu Beginn der Krise abwesend war, war Präsident Bernardo Arévalo, der in einer vorab aufgezeichneten Videoübertragung am Mittwochabend auftrat, um anzukündigen, dass er die Entscheidung über die Pflichtversicherung rückgängig machen würde. Die Aufhebung der Vereinbarungen erfolgte 10 Stunden nachdem der Verkehrsminister versichert hatte, dass die Regierung keinen Rückzieher bei der Einführung der Pflichtversicherung machen würde.

Die 48-stündigen Strassenblockaden und Proteste, mit denen die Regierung Arévalo konfrontiert war, haben offenbart, dass der Exekutive Strategien fehlen, um ihre Entscheidungen bekannt zu geben. Zum einen gab es Druck von der Strasse, auf der anderen Seite bestand die Gefahr, dass oppositionelle Gruppen und „Putschist*innen“ die Regierung erpressten.

„Der Pakt der Korrupten hat bereits Blut gerochen“.

Nach Ansicht verschiedener Politik- und Geschichtsexpert*innen sind die Szenarien, die sich nun abzeichnen, nicht die besten für die Regierung, da sie das Image von Präsident Arévalo und Vizepräsidentin Karin Herrera geschwächt haben. Der Versicherungsprotest war dabei nur der Auslöser für eine Reihe von Ereignissen, die den Unmut der Bevölkerung ausgelöst haben: Mängel bei Strassenreparaturen, die Erhöhung der Abgeordnetengehälter und anderes mehr.

Gruppen blockierten Strassen, um eine Antwort auf ihre Forderungen zu erhalten, z.B. jene in der 7. Strasse in Zone 9, die von dem Fond für Wohnhilfen (FOPAVI) Hilfen für die Kolonie La Esperanza in San Miguel Petapa verlangte; z.B. die Beschäftigten des Nahverkehrs, die in Dialogprozessen nicht berücksichtigt wurden; z.B. die Patient*innen der Nationalen Einheit für die Pflege chronischer Nierenkrankheiten (UNAERC), die sich über die mangelnde Versorgung beklagten.

Eine Krise, die von Politiker*innen, den Putschist*innen [*gemeint sind jene, die die Amtseinführung von Arévalo verhindern wollten, d.Red.*] und kriminellen Strukturen, die den Staat kooptiert halten, gut ausgenutzt wurde. So posteten Abgeordnete, ehemalige Präsidentschaftskandidat*innen, Ex-Bedienstete und alle Arten sogenannter Analyst*innen zahllose Videos, Kommuniqués und Slogans in den sozialen Netzwerken, in denen der Regierung Unfähigkeit vorgeworfen wurde, als ob schon wieder Wahlkampfzeit wäre.

Das Innenministerium musste sich mit dem Dominoeffekt befassen, der durch die Ankündigung ausgelöst wurde. Jiménez sagte, dass die Demonstrationen untypisch seien und dass die strategische Analyse, die vor der Ankündigung der Pflichtversicherung durchgeführt wurde, das Gewicht, das die Proteste haben würden, nicht erkannt habe.

Die möglichen Auswirkungen einer solchen Entscheidung sind allerdings insofern nicht überraschend, als die Regierung Giammattei bereits zweimal versucht hatte, eine solche Versicherung einzuführen. Beide Male wurde die Einführung aufgrund von Demonstrationen und den daraus resultierenden Meinungsverschiedenheiten verschoben.

Der Historiker, Politologe und Universitätsprofessor José Alfredo Calderón fasst die letzten Tage der Regierung Bernardo Arévalo in vier konkreten Fehlern zusammen, die jeweils einen hohen politischen Preis haben werden.

Der erste Fehler besteht darin, dass sie keinen festen Standpunkt vertrat, sondern sich selbst widersprach, als sie zuerst sagte, dass sie den obligatorischen Charakter der Versicherung beibehalten würden, und innerhalb weniger Stunden ihr Wort zurücknahm.

Der zweite Fehler war der Versuch, so zu tun, als ob das Problem gelöst wäre. „Wenn man nicht stark genug ist, und das sind sie offensichtlich nicht, sollte man nicht künstlich so tun, als ob man stark wäre, denn der Pakt der Korrupten hat bereits Blut gerochen“, fügt Calderón hinzu.

Der dritte Fehler war zu glauben, dass diese Gespräche funktionieren könnten. Diese Strategie hat sich abgenutzt. „Wenn man nicht will, dass etwas gelöst wird, bildet man eine Kommission oder einen Runden Tisch des Dialogs“, erklärt der Historiker.

Und der vierte und schwerwiegendste Fehler ist, dass die Exekutive nicht in der Lage ist, das Problem der Kommunikation zu lösen. „Wir alle wissen, dass Santiago Palomo [*als Leiter der Anti-Korruptions-Behörde, d.Red.*] eingesetzt wurde, um den Präsidenten wegen des Amtsenthebungsverfahrens zu schützen. Und das ist das Problem, dass es keine strategische und vorausschauende Analyse gibt. Und dann die Arroganz, die die Regierung nach der Amtseinführung an den Tag legte, und die ständigen und sehr schweren Niederlagen“, erklärt er.

Verspäteter Dialog und strategische Analyse

Die von der Exekutive angekündigten Entscheidungen, wie die Klassifizierung des Mülls und die Strassenversicherung, haben Proteste hervorgerufen, obwohl die Behörden rechtlich vernünftige Argumente haben.

„Wir laufen gegen den Strom der Meinungen in der Bevölkerung, wir haben wenig Kommunikation, wenig Analyse und Mediation. Es gibt keine gute strategische Studie, die Hindernisse in der Gesellschaft identifiziert. Es sollte einen schrittweisen Prozess geben, um die an jeder Entscheidung beteiligten Akteur*innen zu überzeugen“, warnt der Politikwissenschaftler Luis Mack.

Das Versicherungssystem zum Beispiel entspricht einer Anordnung des Verfassungsgerichts, aber in der Ankündigung fehlte ein Hinweis, dass in dem Regierungsvorhaben die Bedürfnisse der Bevölkerung, etwa die Familienwirtschaft, tatsächlich berücksichtigt werden, sagt Ursula Roldán, Direktorin des Instituts für die Sozialwissenschaft der Menschen (ICESH) der Universität Rafael Landívar.

Die Bewertung möglicher Massnahmen für den Schutz im Strassenverkehr hätte mit Regelungen wie dem Tragen von Helmen und der Geschwindigkeitsbegrenzung beginnen sollen. Ausserdem sind den Bürger*innen die Missbräuche einiger Versicherungsgesellschaften bekannt, so dass die Botschaft nicht die gewünschte Zielgruppe erreichte.

Andere Organisationen wie die Vereinigung für Prävention und Aufmerksamkeit für integrale Verkehrssicherheit (ASPIT) stimmten zu, dass die Ankündigung überraschend kam und dass man erwartet hatte, dass die Strafen für Zuwi-derhandelnde strenger ausfallen würden. „Wir waren überrascht, (...) dass der Minister sagte, er habe Treffen mit den Opfern gehabt, aber wir waren nicht eingeladen“, sagte Cecilia Morales, Sprecherin der Organisation.

Die verschiedenen Sektoren erwähnten weitere Massnahmen wie die gesetzliche Registrierung der Fahrer der verschiedenen Transportmittel. In den sozialen Netzwerken ging die Aussage eines Taxifahrers viral, der dagegen protestierte, dass er gezwungen sei, einen Führerschein zu machen. Die Reaktionen konzentrierten sich auf die Notwendigkeit, die Strafen für Fahrer*innen, die gegen das Gesetz verstossen, zu erhöhen.

In diesem Fall betont der Politikwissenschaftler Renzo Rosal, dass mehrere Varianten möglicher Vorgehensweisen ignoriert wurden, wie z. B. dass mögliche Reaktionen verschiedener Akteur*innen nicht vorab berücksichtigt wurden. Zudem war das Sekretariat für strategische Intelligenz (SIE) quasi abgetaucht. Das SIE scheint nicht seinem auf seiner Website veröffentlichten Auftrag gerecht zu werden, eine Institution zu sein, die nachrichtendienstliche Informationen über die strategischen Bereiche der demokratischen Regierungsführung sammelt, analysiert, produziert und verbreitet. Die SIE-Spitze wurde gefragt, ob es möglich sei, mit dem Sekretär zu sprechen, aber man nahm lediglich eine Nachricht entgegen, sagte einen Rückruf zu, der aber nie getätigt wurde.

Mack, Roldán und Rosal sind sich einig, dass es notwendig sei, vor jedem politischen Vorhaben die möglichen Einschätzungen der davon betroffenen Akteur*innen und Einrichtungen zu bewerten und Szenarien durchzuspielen, wie Reaktionen aussehen könnten.

Erpressungsversuche

Die Krise öffnete allen Gegner*innen [der Regierung] und dem Pakt der Korruption die Tür. Innenminister Jiménez versicherte, dass es beim Protest eine Präsenz von Maras und illegalen Taxifahrer*innen gegeben habe, dass aber die meisten Demonstrant*innen aus legalen Gruppen stammten, die nur verhältnismässige Druckmittel anwenden würden. Stunden später feuerten die Spezialkräfte zur Aufstandsbekämpfung Tränengas auf einen Block in der 18. Strasse der Zone 1. Zu den Strassenprotesten gesellte sich eine Reihe von Klagen gegen die Massnahme, die von Parteien wie UNE, VOS und TODOS angestrengt wurden. Sie kritisierten die Regierung von Arévalo und äusserten in Reden, dass die „Verteidigung der Bevölkerung“ notwendig werde.

Die soziale Unzufriedenheit und der Einsatz von Oppositionsparteien, um die Regierung zu zermürben, spiegeln auch eine Ansammlung von ungelösten Forderungen der Bevölkerung wider, darunter der Kampf gegen Personen, die von der Bevölkerung weiterhin mit Korruption in Verbindung gebracht werden, wie z.B. Mitglieder des Kongresses, Straffreiheit in Korruptionsfällen, Verfolgung von Journalist*innen und Aktivist*innen und der Verbleib von Consuelo Porras im Amt der Leiterin der Staatsanwaltschaft.

„Von März bis Dezember können wir mit weiteren Erpressungen rechnen, angefangen beim Haushalt. Die Putschist*innen waren isoliert und haben sich nun paradoxerweise einem legitimen Protest angeschlossen“, erklärt Calderón. Der Regierung gehen die Verhandlungsmöglichkeiten aus, bisher hatte sie nur das Geld, den Haushalt, der für 2024 ausgehandelt wurde. Aber ihre Gegner*innen werden neue Druckmittel finden, wie die letzten Tage gezeigt haben. Und nächstes Jahr könnte es angesichts des Wahljahres noch schlimmer werden.

Tränengas inmitten eines Dialogs

In der Versicherungskrise bestand der Ausweg der Regierung darin, einen „Dialog“ anzukündigen. Doch mitten in den vermeintlichen Gesprächen schoss die Nationale Zivilpolizei (PNC) Tränengas, nachdem Innenminister Francisco Jiménez Stunden zuvor angeboten hatte, sich zusammensetzen und staatliche Gewalt erst als letztes Mittel einzusetzen. (...) Nach Ansicht der Expert*innen gleicht die Präsidentschaft einem Schiff mit mehreren Besatzungen und ohne Führung. Luis Mack betont, dass „ein Haufen Technokrat*innen angekommen ist, aber politische Entscheidungen getroffen

werden müssen“, und Calderón beklagt, dass Arévalos Qualitäten als Diplomat nicht ausreichen, um ihn zu einer Führungspersönlichkeit im Kabinett zu machen.

Ungenutzte Unterstützung

Die Direktorin von ICESH, Ursula Roldán, sagt, dass bei der Versicherungskrise die indigenen Völker am klarsten wussten, wie sie sich in dieser Situation verhalten sollten. Die Kommunikés der indigenen Gemeinden und traditionellen Autoritäten brachten die Unterstützung der Regierung zum Ausdruck, forderten aber gleichzeitig eine Evaluierung der möglichen politischen Varianten.

In Kommunikés wie dem der Behörden von Iximulew [*so nennen die Indigenen das Land Guatemala, d.Red.*], der Behörden von Quiché, der Gemeinde Santa Lucía Utatlán und der Gemeinde Nebaj wurde die Bevölkerung auch auf die Einmischung des Paktes der Korruption in diese Art von Ereignissen aufmerksam gemacht und zur Ruhe aufgerufen. Eine weitere indigene Organisation, die ein Kommuniké veröffentlichte, waren die 48 Kantone von Totonicapán, die die Aufhebung der Versicherung und des Dekrets zur Erhöhung der Abgeordnetengehälter forderte.

Der Maya-Volksrat betonte gegenüber der Regierung, dass „die Pflichtversicherung der Regierung Arévalo im Kontext der wirtschaftlichen und politischen Krise politischer Selbstmord sei; ein Geschenk zur Legitimierung der opportunistischen Aktionen einer putschenden und mafiösen Opposition“.

In weniger positiven Szenarien wird erwartet, dass sich in den kommenden Monaten nichts ändern wird, da das Kabinett in dem ersten Jahr und drei Monaten voller Veränderungen porös geworden ist. „Ich kann Ihnen sagen, dass ich die Regierungen seit Vinicio Cerezo [*1986-1990, d.Red.*] erlebt habe, und ich habe noch nie so viele politische Wendungen gesehen“, schliesst der Historiker Calderón.

Die Versicherungskrise sei mit einer palliativen Massnahme der Verhandlungen am Dialogtisch angehalten worden, die jedoch laut den Befragten Jahre dauern könnten. Dabei steige die Zahl der Unfälle weiter an. Laut offiziellen Statistiken des Nationalen Verkehrssicherheitsbehörde sterben täglich sieben Menschen bei Verkehrsunfällen [*In Deutschland waren es 2024 im Durchschnitt 7,6 Verkehrstote pro Jahr; bei einem Verkehrsaufkommen, das ein Vielfaches von Guatemala ausmacht, d. Red.*]. Öffentliche Verkehrsmittel gibt es kaum und Guatemala verfügt über einen Fuhrpark von 7,6 Millionen Fahrzeugen, davon 2.898.600 Motorräder [Deutschland verfügt über einen Fuhrpark von 61 Mio. Fahrzeugen, also achtmal so hoch, d. Red.]. (Prensa Comunitaria)

Rückzieher: Doch keine Anhebung der Abgeordnetendiäten?

Guatemala, 26. März – Es war ein Aufreger: Die starke Anhebung der Abgeordnetendiäten, die vor ein paar Wochen beschlossen wurden. Jetzt kommt der Rückzieher.

Am 25. März beschloss das Präsidium des Kongresses, das Gesetz zur Erhöhung der Abgeordnetenbezüge auszusetzen. Dieses war von verschiedenen Seiten heftig kritisiert worden. Die Entscheidung wurde von den Präsidiumsmitgliedern auf einer Pressekonferenz bekannt gegeben, nachdem die für Dienstag angesetzte Plenarsitzung wegen mangelnder Beschlussfähigkeit unterbrochen worden war.

„Wir haben beschlossen, die Gehaltsanpassung auszusetzen (...) Der Präsident des Kongresses hat daher eine ausserordentliche Sitzung des Präsidiums einberufen, um die Details irgendwie in die Praxis umzusetzen. Wir fühlen uns geehrt, dem Volk von Guatemala eine Antwort auf eine nationale Forderung geben zu können“, sagte Jorge Castro, erster Vizepräsident des Kongresses. (...)

„Heuchler*innen“

Ein Austausch von Erklärungen von Ramos im Februar dementierte die Erhöhung für die Abgeordneten. Prensa Libre hingegen veröffentlichte die Protokolle 10-2025, in denen bestätigt wurde, dass die Zahlung tatsächlich angeordnet worden war, was mit den Protokollen 21-2025 dann am 25. Februar auch geschah. Das heisst, dass die entsprechende Zahlung von 46.700 Q (ca. 5.543 €) pro Monat als Grundgehalt geleistet wurde. Am 28. Februar erhielten die Abgeordneten ihre neuen Gehälter, die zusammen mit den wirtschaftlichen Vorteilen wie Repräsentationskosten und Tagegeldern die Bezüge von 66.000 Q (= 7.834 €) für einen einfachen Abgeordneten auf bis zu 97.000 Q (= 11.514 €) für den Kongresspräsidenten anhoben, da die Fraktionschefs und Präsidiumsmitglieder höhere Prämien erhalten.

Gestern erklärte Ramos selbst, dass der Beschluss gefasst wurde, die wirtschaftlichen Vorteile zu streichen.

„Als Präsidium haben wir nicht die Befugnis, eine Vereinbarung des Kongresses aufzuheben, aber wir haben die Befugnis, das Gesetz 21 auszusetzen, in dem die Gehaltserhöhung festgelegt ist“, sagte Ramos. Obwohl er keine Namen nannte oder politische Parteien erwähnte, nutzte Ramos die Konferenz auch, um einige Abgeordnete zu kritisieren.

„Andere, die selbstgefällig geschwiegen haben und nun ihre Stimme erheben, sind (...) opportunistische Heuchler*innen, (...) die Wege finden, aus einigen Entscheidungen dieses Kongresses politisches Kapital zu schlagen. Denn sie sind die, die am lautesten schreien, am meisten in den sozialen Netzwerken kommunizieren, aber an diesem Tag haben sie geschwiegen und kein einziges Wort gegen diesen Antrag gesagt, den einige Abgeordnete eingebracht haben“, sagte er. Ramos fügte hinzu: „Als das guatemaltekeische Volk sich zu Wort meldete und Nein sagte, kam die Heuchelei zum Vor-

schein, und sie ritten auf einem legitimen Gefühl des Volkes herum und versuchten, daraus politischen Profit zu schlagen. Hütet euch, Bürger*innen Guatemalas, vor den Wölfen im Schafspelz, denn das sind die Verräter*innen, die nicht offen sprechen. Diejenigen von uns, die hier sind, wir zeigen uns“, fügte Ramos hinzu.

Wenige Minuten vor der Vorstandssitzung hatte die regierende Fraktion zwei Gesetzentwürfe vorgelegt, um die Lohnerhöhung rückgängig zu machen, und behauptete, sie habe die Vereinbarung nie befürwortet.

Samuel Pérez, der die Gruppe anführt, sagte, dass sie von Anfang an gegen die Erhöhung gewesen sei und dass die erste Zahlung, die sie erhalten habe, an die Freiwillige Feuerwehr gespendet worden sei. „Mit 23 Abgeordneten haben wir den Kampf ohne Fraktion, ohne Partei geführt (...) Für die Semilla-Fraktion ist es an der Zeit, den Kurs wieder aufzunehmen, den das guatemaltekeische Volk an der Wahlurne an uns delegiert hat und den es auf der Strasse verteidigt hat. Es ist an der Zeit, innezuhalten und den Weg neu zu bestimmen“, sagte Pérez. (...) (Prensa Libre)

Claudia Paz y Paz im EU-Parlament

Brüssel, 20. März - Die ehemalige Generalstaatsanwältin (MP) Claudia Paz y Paz, die Vertreterin der Delegation für die Beziehungen zu den zentralamerikanischen Ländern, Riba Inger, der Präsident der Interamerikanischen Menschenrechtskommission (IACHR) und die europäische Diplomatin Marianne Van Steen nahmen an einer Anhörung im EU-Parlament teil.

Claudia Paz y Paz gab vor dem Unterausschuss für Menschenrechte einen Überblick über die Menschenrechtssituation in Guatemala und prangerte die Verfolgung von Opfern, Zeugen und Staatsanwält*innen in Fällen der Übergangsgerechtigkeit an. „Ich muss betonen, dass es ein Muster von Strafanzeigen und Schikanen, Drohungen gegen Opfer, Organisationen und Anwaltsteams gibt. Fälle, in denen die Familie Molina Theissen hervorsticht, die von derselben Staatsanwaltschaft beschuldigt wird, Verbrechen vorgetäuscht zu haben, gegen die es zwei Verurteilungen und ein internationales Urteil gibt, die sie als Opfer von schweren Menschenrechtsverletzungen anerkennt“, sagte sie.

Sie sprach auch über die Demontage der Menschenrechtsstaatsanwaltschaft durch die Versetzung und Entlassung von Staatsanwält*innen oder Vergünstigungen für die Angeklagten, wobei sie die Strafverfahren CREOMPAZ und den Genozid an den Ixil erwähnte. „Der für den Völkermordprozess gegen den Generalstabschef (Manuel Benedicto Lucas García) zuständige Staatsanwalt wurde entlassen, und hochrangige Militäroffiziere, die in schwere Menschenrechtsverletzungen verwickelt waren, erhielten rechtswidrige Vergünstigungen“, erklärte er. Paz y Paz prangerte an, dass die Justiz dazu benutzt wird, Personen zu kriminalisieren, die sich für Rechtsstaatlichkeit und Demokratie einsetzen, wie im Fall des Journalisten Jose Rubén Zamora Marroquín (s.u.) und des Anti-Korruptions-Staatsanwalts Stuardo Campos, der aufgrund eines Urteils des Verfassungsgerichts (CC) in Untersuchungshaft sitzt.

Diana Riba Inger prangerte an, dass die Justiz dazu benutzt wird, die Bemühungen der Regierung von Bernardo Arévalo und Karin Herrera zur Stärkung des Rechtsstaates in Guatemala zu blockieren, was die internationale Gemeinschaft mit Sorge erfüllt. „Das Justizsystem ist nach wie vor ein Hindernis für die volle Gewährleistung der Grundrechte, obwohl es ein Schlüsselfaktor im Kampf gegen Korruption und Straflosigkeit ist“, sagte sie. (..)

Bevor sie ihren Beitrag im Unterausschuss für Menschenrechte des Europäischen Parlaments beendete, fügte Riba Inger hinzu, dass die Delegation für die Beziehungen zu den Ländern Zentralamerikas einen Besuch in dem Land erwäge, um sich vor Ort über die angeprangerten Tatsachen zu informieren. (Prensa Comunitaria)

CIDH und UN sind besorgt über die erneute Inhaftierung von José Rubén Zamora

Washington D.C. / Genf, 26. März - Die Interamerikanische Menschenrechtskommission (CIDH) und zwei unabhängige Expert*innen, die Sonderberichterstatter*innen der Vereinten Nationen (UN) für die Unabhängigkeit von Richter*innen und Anwält*innen und für Meinungsfreiheit und freie Meinungsäußerung, bringen ihre tiefe Besorgnis über die erneute Festnahme des Journalisten José Rubén Zamora am 10. März 2025 in Guatemala und über Berichte von Drohungen gegen Justizbeamt*innen zum Ausdruck.

Sie nehmen mit grosser Besorgnis zur Kenntnis, dass der mit dem Fall betraute Richter während der Anhörung erklärte, er und das Gerichtspersonal seien von unbekannten Personen bedroht und eingeschüchtert worden. Dies könnte eine Verletzung des Rechts auf ein faires Verfahren darstellen und die Unabhängigkeit der Justiz beeinträchtigen, ein Grundprinzip, das in mehreren internationalen Menschenrechtsinstrumenten anerkannt wird, darunter die Amerikanische Menschenrechtskonvention, der Internationale Pakt über bürgerliche und politische Rechte und die Grundprinzipien der Vereinten Nationen für die Unabhängigkeit der Justiz.

Die CIDH und die UN-Sonderberichterstatter*innen weisen darauf hin, dass die Untersuchungshaft nach internationalen Standards nur in Ausnahmefällen und unter strikter Einhaltung der Grundsätze der Unschuldsvermutung und der Ver-

fahrensnotwendigkeit verhängt werden darf. Nach Ansicht dieser Einrichtungen könnte es widersprüchlich sein, dass die Rückführung Zamoras in das Gefängnis angeordnet wurde, obwohl nachgewiesen wurde, dass keine Fluchtgefahr besteht und der Richter selbst anerkannt hatte, dass die angemessene Dauer der Untersuchungshaft überschritten worden war. Es sei darauf hingewiesen, dass die CIDH im Mai 2024 und die UN-Sonderberichterstatter*innen im Juli 2023 und August 2024 vor der fortgesetzten Untersuchungshaft des Journalisten gewarnt haben. Dieser ist im Übrigen auch ein Begünstigter von Vorsichtsmassnahmen der Interamerikanischen Kommission. Die CIDH hat den Staat Guatemala um regelmässige Berichte über die Gründe für die Einschränkung seiner Freiheit, die Erfüllung der Bedingungen für die Angemessenheit der Frist und das Nichtvorhandensein weniger schädlicher Alternativen gebeten.

Besorgniserregend ist auch, dass diese Entscheidung zu einem Zeitpunkt ergangen ist, zu dem ein Berufungsverfahren vor dem Obersten Gerichtshof anhängig ist, in dem die Gültigkeit der Entscheidung der Dritten Berufungskammer vom 4. März angefochten wird, in der die Aufhebung des Hausarrests zugunsten von José Rubén angeordnet wurde. (...)

Die CIDH und die UN-Sonderberichterstatter*innen bringen ihre Besorgnis darüber zum Ausdruck, dass der Fall von Herrn Zamora, der seit seiner ersten Inhaftierung im Juli 2022 bereits mehr als 800 Tage im Gefängnis verbracht hat, durch übermässige Verzögerungen bei den Gerichtsverfahren und eine offensichtliche Priorisierung seiner Inhaftierung gegenüber der Klärung der gegen ihn erhobenen Vorwürfe gekennzeichnet ist. Die Anberaumung einer Anhörung für September 2025 in einem der Verfahren, während das andere unbestimmt bleibt, kann zu einer ungerechtfertigten Verzögerung führen und den Journalisten in anhaltender Rechtsunsicherheit halten.

Die CIDH und die UN-Sonderberichterstatter*innen betonen, dass es sich hier um einen beispielhaften Fall der Verletzung von Meinungsfreiheit handelt, da die Anklagen gegen Herrn Zamora, den Gründer und Präsidenten der guatemaltekischen Zeitung El Periódico, eine direkte Vergeltung für seine kritische Berichterstattung über die Regierung und seine bahnbrechenden Untersuchungen zur Korruption im Land zu sein scheinen. Die fortgesetzten gerichtlichen Schikanen, die in der Anhäufung von Gerichtsverfahren gegen Herrn Zamora und andere Mitarbeiter*innen von El Periódico bestehen, sowie die Schliessung des Medienunternehmens stellen eine direkte Unterdrückung der Meinungs- und Pressefreiheit dar und verstossen gegen internationale Standards. (...)

Die CIDH ist ein autonomes Organ der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS), deren Mandat sich aus der OAS-Charta und der Amerikanischen Menschenrechtskonvention ergibt. Die Interamerikanische Kommission hat den Auftrag, die Einhaltung und den Schutz der Menschenrechte in der Region zu fördern und fungiert in diesem Bereich als beratendes Organ der OAS. Die CIDH setzt sich aus sieben unabhängigen Mitgliedern zusammen, die von der Generalversammlung der OAS in ihrer persönlichen Eigenschaft gewählt werden und nicht ihre Herkunfts- oder Wohnsitzländer vertreten.

Sonderberichterstatter*innen der UN sind unabhängige Menschenrechtsexperten, die vom Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen ernannt werden. (...) Die Expert*innen arbeiten auf freiwilliger Basis; sie sind keine UN-Mitarbeitende und erhalten kein Gehalt für ihre Arbeit. Während das UN-Menschenrechtsbüro als Sekretariat für die Sonderberichterstattung fungiert, arbeiten die Expert*innen in ihrer persönlichen Eigenschaft und sind unabhängig von jeder Regierung oder Organisation, einschliesslich des Hochkommissariats für Menschenrechte (OHCHR) und der UN. Alle dargestellten Meinungen oder Ansichten geben nicht unbedingt die der UN oder des OHCHR wieder.

¡Fijáte!

vierzehntägiger E-Mail-Nachrichtendienst zu Guatemala in deutscher Sprache

<http://fijate.guatemala.de>

www.facebook.com/fijateMagazin

Redaktion: fijate@mail.de

Stephan Brües – stephan.bruees@arcor.de

Theresa Bachmann - theresabachmann95@web.de

Weiterverbreitung der Informationen mit Quellenangabe ausdrücklich erwünscht!

Herausgeber: Verein **¡Fijáte!**, registriert in CH-2502 Biel, c/o Barbara Müller, Ankerstr. 16, CH-8004 Zürich

Abo-Verwaltung: fijate@mail.de

Abo in Deutschland und Österreich: Jahresabonnent: 50 €, Solidaritätsabonnement: 100 €

Abo in der Schweiz: Jahresabonnement 85.-CHF

Konto-Nr. für alle Abonnent*innen:

IBAN: CH3809000000305160686, BIC (SWIFT): POFICHBEXXX Postfinance AG Bern, PC: 30-516068-6